

# Wer verteidigt und sichert Europa?

## Die EU, die NATO oder die Nationalstaaten

Im September 2011 wurde der Sammelband „Eine einsatzfähige Armee für Europa - Die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon“ veröffentlicht (Eine einsatzfähige Armee für Europa - Die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, herausgegeben von Gerd F. Kaldrack und Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP, 2011, 570 S., brosch., 49,- Euro, ISBN 978-3-8329-6909-7 Forum Innere Führung, Bd. 34). Herausgeber sind der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments (EP) und heutiges Mitglied des EP, Dr. Hans-Gert Pöttering, sowie der ehemalige Oberst im Generalstabsdienst Gerd F. Kaldrack. Ziel im Frühjahr 2010, als die konzeptionellen Planungen zum Reader begannen und der Vertrag von Lissabon gerade in Kraft getreten war, war es, angesichts der tief greifenden globalen und innereuropäischen Krisen darzustellen, wie Europa jetzt gesichert und verteidigt werden sollte und wie eine bessere sicherheitspolitische Einigung gelingen kann.



Der Vertrag von Lissabon

Foto: EU

In 44 Beiträgen von namhaften Politikern aus unterschiedlichen europäischen und deutschen Gremien der Exekutive und Legislative, aber auch von Wirtschaftsfachleuten, Wissenschaftlern und Militärs werden die Grundideen und Zukunftsfragen für den Bereich von Sicherheit und Verteidigung der EU eingehend analysiert. Leider wird eine französische Stimme vermisst, denn ohne Frankreich lässt sich eine Armee für Europa nicht realisieren. Ende 2010 war jedoch innerhalb der französischen Regierung ein erhebliches Revirement.

Der Sammelband dokumentiert einprägsam und umfassend die einzelnen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungsphasen der EU bis zum Vertrag von Lissabon, aber auch Zukunftsperspektiven „nach Lissabon“. Der Schwerpunkt liegt bei

den Zielen und Perspektiven sowie bei dem innovativen Ansatz des Vertrags, der Vernetzten Sicherheit, der Verteidigung Europas und der SSZ (Ständig Strukturierte Zusammenarbeit). Im vierten Teil werden mögliche gemeinsame Lösungsansätze aufgezeigt - trotz der Dominanz nationalstaatlicher Denkmuster und Streitkräftestrukturen. Es wächst allerdings die Erkenntnis, dass in Zukunft auf nationalstaatlicher Ebene keine effiziente Sicherheits- und Verteidigungspolitik mehr garantiert werden kann - das gilt für Deutschland genauso wie für alle anderen Mitgliedstaaten. Im Sinne des vernetzten Ansatzes sollte auf europäischer Ebene größere Handlungsfähigkeit gewonnen werden. Zwingend notwendig ist es daher, eine europäische Militärkultur und Verteidigungsidentität zu entwickeln sowie die kulturellen, rechtlichen und sozialen Unterschiede nationaler Streitkräfte zu harmonisieren.

Der vorliegende Sammelband sollte im Kontext zweier anderer Sammelbände gesehen werden, die vor ca. zehn Jahren veröffentlicht wurden. Daran lassen sich Fortschritt, Stillstand oder gar Rückschritt in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ablesen. Eine Aufwertung erfuhr die ESVP jedoch generell dadurch, dass sie jetzt zu einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), sozusagen zu einer Gemeinschaftsaufgabe, aufgewertet wurde. Vor zehn Jahren war eine gewisse Europa-Euphorie entstanden, eigene europäische Militärstrukturen und Krisenreaktionskräfte zu schaffen,

damit die EU auch ohne die NATO militärisch handlungsfähig werden sollte. Dies lässt sich an den beiden Buchtiteln ablesen. Werner Hoyer, heutiger Staatsminister im Auswärtigen Amt, und Gerd F. Kaldrack beschrieben 2002 die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“ und fragten, ob die EU nunmehr auf dem Weg zu integrierten Streitkräften wäre. Auch der Band von Karl von Wogau, ehemaliger MdEP, stellte - ein Jahr später - fest, dass die EU dabei sei, einen entscheidenden Schritt in Richtung politische Einigung zu tun; das bedeutete für von Wogau, dass man „Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung“ sei.

Die Botschaft des Readers von Hoyer/Kaldrack lautet: „Sicherheit für und Sicherheit durch ein glaubwürdig handlungsfähiges Europa“. Folglich konzentriert sich der Sam-

melband auf praktische Zielvorstellungen zukünftig integrierter europäischer Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Aber auch eine europäische Rüstungsagentur wird vor dem Hintergrund des Zwangs zum Zusammenwachsen der nationalen Rüstungsindustrien gefordert, nicht zuletzt auch ein Aufbau eines europäischen Logistikstabs. Die multinationale Ausbildung soll durch ein „Europäisches Zentrum für Innere Führung“ forciert werden. Eine entscheidende Voraussetzung wäre ein gemeinsamer, europäischer Verteidigungshaushalt.

Deswegen überrascht das Fazit des Beitrags von Ulrich Weisser nicht sonderlich, wenn er feststellt: „Solange jedoch die Mitglieder der EU nicht ihre souveräne Entscheidungsbefugnis über den Einsatz ihrer Streitkräfte an die EU abgeben und solange das Verhältnis zwischen NATO und EU weiterhin diffus bleibt, wird es nicht zu einer stärkeren Integration kommen.“ Dies brachte auch Dieter Krüger in seiner Untersuchung über das Scheitern der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)“ zum Ausdruck: „Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der EVG sind mithin Zweifel angebracht, ob der Versuch einer kostengünstigen Fusion der europäischen Streitkräfte ohne politische Integration von Erfolg gekrönt sein wird.“ Schon damals hatte sich Jürgen Schnell für einen stufenweisen Aufbau integrativer europäischer Streitkräfte, Schaffung eines Kompetenzzentrums für Ressourceneffizienz und strategisches Controlling auf europäischer Ebene, einen eigenen Verteidigungshaushalt und neue Formen und Strategien der Finanzierung nachdrücklich eingesetzt. Grundsätzlich werden für die Europäisierung ein neues Denken und ein Mentalitätswechsel gefordert, und Elmar Brok betont: „In Zukunft sind mehr Einigkeit und Gemeinsamkeit der Europäer unerlässlich.“

Die Botschaft des Readers von Karl von Wogau war, dass - nach dem gemeinsamen Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung - die EU nunmehr dabei ist, den entscheidenden Schritt auf dem Weg zur politischen Einigung zu machen. Diese Stabilität galt es, durch eine gemeinsame Verteidigung zu schützen. Hierin waren sich die vier größten Fraktionen im Europäischen Parlament einig. Beschlossen war damals, eine europäische Kriseninterventionstruppe in Stärke von 60.000 Mann aufzubauen mit dem Ziel, europäische Krisenpräventionen und -bewältigungen autonom und effektiv durchzuführen. Die Harmonisierung der nationalen Verteidigungspolitiken sollte angestrebt wer-

den. Dies sollte bis zum Jahr 2003 erfolgen - auf freiwilliger Basis der Mitgliedstaaten, damit die EU fähig wäre, Streitkräfte schnell einzusetzen und aufrechtzuerhalten. In dem Reader stellt Hans-Gert Pöttering aber auch die Frage, wie lange Europa sich noch, nach den Balkankriegen, auf die Bereitschaft von NATO und USA verlassen könne, bei lokal begrenzten Konflikten zu intervenieren. Seine Konsequenz: Die Europäische Union ist jetzt gefordert, auch ohne Rückgriff auf NATO-Kapazitäten autonome Einsätze zu führen.

Schließlich weist Hartmut Bühl auf das Grundproblem der EU hin: die Einheit mit nationaler Eigenständigkeit zu verknüpfen. Er sah in gemeinsamen Streitkräften eine „Militärrevolution“, eine wirklich geistige Herausforderung, aber auch eine Frage des politischen Willens und der politischen Führerschaft. Die „Entnationalisierung“ sollte durch Arbeitsteilung und Koordination der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten erreicht werden, um damit die Interventionsstreitmacht der EU zu stärken. Antonio Misiroli und Burkhard Schmitt fordern in dem Band, dass mittelfristig die Europäer anstreben sollten, einige unionsfinanzierte Kapazitäten zu schaffen. Auch in diesem Reader schwingt, neben der Euphorie, eine gewisse Skepsis mit, dass die Truppen keinen virtuellen Charakter haben dürften, sonst käme es zu einer Glaubwürdigkeitslücke für das militärische Europa.

Diese Lagebeschreibungen und Stimmungsbilder von vor zehn Jahren ähneln in Vielem dem heutigen Zustand. Der Dollpunkt - vielleicht sogar der Rückschritt - ist der verhängnisvolle Einfluss der Nationalstaaten, die weder Europa noch sich selbst verteidigen können. Er bedeutet kostspieligen Stillstand. Angesichts der Eurokrise wird sogar der europäische Gedanke „Einheit in Vielfalt“ zu Makulatur. Bei den europäischen Akteuren in Brüssel verbreitet sich daher Desillusion - die Atlantiker der NATO fühlen sich eher bestätigt.

## Neue Bedingungen in Europa

Der Sammelband von Kaldrack/Pöttering erscheint also in einer Zeit, in der die europäische Wirtschafts-, Finanz- und Währungs-krise, vor allem aber die Schuldenkrise innerhalb der Eurozone geradezu existenziellen Charakter annimmt. Die EU und die Eurozone werden einerseits in Frage gestellt, andererseits wird in der Weiterentwicklung zur politischen Union, zu Vereinigten Staaten von Europa das Heil gesehen. Aber die Krise beutelt natürlich auch die europäischen Militärhaushalte, einschließlich des Bundeswehrhaushalts. Die nationalen Militärkapazitäten und -fähigkeiten werden immer begrenzter. Die Militärorganisation der EU ist weiterhin hilflos und die zukünftige militärpolitische



Die Amerikaner werden ihr militärisches Engagement in Europa reduzieren

Foto: Pentagon

Rolle der USA in der Welt und innerhalb der NATO wird schwächer. Europas Sicherheit steht vor entscheidenden Umbrüchen, trotzdem erhebt niemand Widerspruch.

Das Verhältnis zu den USA hat sich dramatisch verändert. In seiner Rede an die Nation kündigte Barack Obama kürzlich eine Wende der amerikanischen Sicherheitspolitik an. Nach einem Jahrzehnt des Krieges will Obama weg von der Rolle des Weltpolizisten und hin zu einer Rolle des „Nation Building“ in den USA. Ein Pendelschlag möglicherweise in Richtung eines neuen amerikanischen Isolationismus oder eine Schwerpunktverlagerung vom atlantischen in den pazifischen Raum. Und der scheidende US-Verteidigungsminister Robert Gates konkretisierte diesen Wandel: Die USA seien nicht mehr bereit, die Hauptlast der NATO-Finanzierung - immerhin 70 Prozent - zu tragen, während sich die Europäer weigern, die nötigen Mittel für ihre Verteidigung aufzubringen. Er beklagte geradezu eine Spaltung der NATO; einige Mitglieder nähmen zwar die Sicherheitsgarantien in Anspruch, wollten aber nicht die Risiken, die Einsätze und die Kosten mittragen.

Das Zahlenwerk untermauert diese These. Der Schuldenberg der USA beträgt zurzeit ca. 14,3 Billionen US-Dollar, zusätzlich wahrscheinlich eine Neuverschuldung für das Jahr 2011 in Höhe von 1,6 Billionen US-Dollar. Das sind weit über 60 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. Diese hohe Staatsverschuldung zwingt die USA geradezu, auch ihre NATO-Verteidigungsausgaben zu überprüfen. Angesichts der Ausgaben der EU für ihre Verteidigung in Höhe von etwa 266 Mrd. US-Dollar und derjenigen der USA in Höhe von etwa 574 Mrd. ist dies verständlich. Bezogen aufs BIP geben die EU-27 nur 1,7 Prozent, die USA mit 4,0 Prozent mehr als doppelt so viel für die Verteidigung aus. Damit wachsen die Sorgen: Der transatlantische Sicherheitschirm der NATO für Europa dürf-

te durchlässiger, das amerikanische Interesse am Bündnis und an Europa schwächer werden. Der amerikanische Handlungsspielraum wird kleiner, und der europäische?

Nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI wächst z.B. Chinas Militärhaushalt seit dem Jahr 2000 durchschnittlich jährlich real um 11,8 Prozent, 2011 sogar um 12,7 Prozent. China besitzt mit rund drei Billionen US-Dollar die größten Welt-Währungsreserven und verlagert derzeit teilweise seine Investitionen aus dem Dollar-Raum in den Euro-Raum. Bestes Beispiel ist die Unterstützung von Portugal und Ungarn bei der Behebung ihrer Staatsschulden. Immerhin sind beide Länder Mitglied der EU und der NATO. Dies macht deutlich, dass sich die politische, wirtschaftliche und militärische Macht vom Westen in den Osten verlagert.

In diesem Kontext sind die drei Beiträge in dem Sammelband von Kaldrack/Pöttering aus dem Bereich der Bundesregierung (Bundeskanzleramt (BK), Auswärtiges Amt (AA) und Bundesverteidigungsministerium (BMVg)) recht aufschlussreich. Christoph Heusgen (Abteilungsleiter im BK) und andere sehen den Integrationsprozess durch nationale Vorbehalte langsamer als erwartet vorankommen, bewerten aber Kooperationen im Sinne der SSZ als einen Ausweg. Ihr Schwerpunkt liegt jedoch beim Rüstungsbereich, weil europäische Rüstungszusammenarbeit ein zentraler Baustein der GSVP ist. Allerdings sei bisher wenig geschehen, sodass Forderungen für die Zukunft gestellt werden: Vereinheitlichung des Bedarfs, zeitliche und finanzielle Koordinierung sowie Aufbau gemeinsamer Ausbildung. Der Vertrag von Lissabon wird als eine Art „Werkzeugkasten“ für eine pragmatische Zusammenarbeit bewertet.

Werner Hoyer, Staatsminister im AA, betrachtet die Europäische Armee als „deutscher Traum oder Europäische Zukunft“. In

der Vergangenheit, die sehr anschaulich beschrieben wird, hat sich die ESVP kontinuierlich fortentwickelt. Er sieht, insbesondere durch die deutschen Initiativen (Gent und Weimar) den militärischen Einigungsprozess auf gutem Weg, denn weitere Integrationen werden sich langfristig aus den Sparzwängen ergeben. Der Parlamentarische Staatssekretär beim BMVg, Christian Schmidt, bewertet die internationale Finanz-, Wirtschafts- und Währungs Krise als Impulsgeber für eine stärkere militärische Kooperation. Einsatzfähige Streitkräfte bleiben auch bei ihm ein langfristiges Ziel. Deswegen sei politischer Gestaltungswille gefragt, insbesondere bei Lösungen im Rahmen der SSZ.

Professor Rupert Scholz befasst sich in seinem Artikel mit den verfassungsmäßigen Bedingungen für den Einsatz deutscher Soldaten in einer Europa-Armee und betont, eine gemeinsame Verteidigung sei noch nicht gegeben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zu einer voll integrierten EU-Armee keine Aussagen gemacht; nach dem Grundgesetz kann sich Deutschland aber einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit anschließen. Die EU ist allerdings zurzeit noch kein solches System. Scholz folgert daraus, dass eine Europa-Armee, die voll an die Stelle der Bundeswehr treten würde und die Wehrfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland voll in die Hand der EU legen würde, verfassungsrechtlich ausgeschlossen ist. Unter Wahrung der verfassungsmäßigen Grenzen ist die Schaffung einer Europa-Armee allerdings prinzipiell möglich.

Diese deutschen Positionen führen zusammenfassend zu der Feststellung, dass von Deutschland als stärkstem EU-Land zurzeit wohl keine weiteren Initiativen für die Weiterentwicklung der GSVP zu erwarten sind. Allerdings sollte Heusgens Forderung aufgegriffen werden, die modernen deutschen Ausbildungsstätten zu europäischen Zentren auszubauen. Gerade der Ausbildungssektor verfügt über große Spar- und Effizienzpotenziale, wenn eine gemeinsame Ausbildung konsequent verfolgt und optimiert werden soll. Vor allem führen solche Ausbildungsoperationen nicht zu Souveränitätsverlusten.

Der Kampf um den Erhalt des Euro steht heute zwangsläufig im politischen Mittelpunkt. Ohne Euro scheitert Europa, lautet eine eingängige These. Aber ohne angemessene Verteidigung und umfassende Sicherung sind Europa und die Eurozone ebenfalls latent in Gefahr. Dabei hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel schon im März 2007 integrierte europäische Streitkräfte gefordert. Auch im Koalitionsvertrag wird eine Europa-Armee als langfristiges Ziel genannt.

Die reale Situation in Deutschland in der „Nach-Lissabon-Phase“ lässt sich auch am Bericht der Weise-Kommission (Oktober 2010) und an den Verteidigungspolitischen

Richtlinien (VPR) des BMVg vom 18. März 2011 ablesen, die die sicherheitspolitische Grundlage für die Neuausrichtung der Bundeswehrstruktur sind. Als Angehöriger der Weise-Kommission berichtet Hans-Ulrich Klose im Sammelband über die europäische Perspektive in einer neuen Bundeswehrstruktur. Danach soll sich die Bundeswehr bei ihrer Aufgabenwahrnehmung eng mit der EU und NATO abstimmen und zusammenwirken. Der deutsche Beitrag, gemessen an den Beiträgen Großbritanniens und Frankreichs, sollte danach 15.000 Einsatzkräfte umfassen, also 8,3 Prozent eines möglichen zukünftigen Streitkräfteumfangs. Internationale Arbeitsteilung und Bündelung von Fähigkeiten setzen jedoch Vertrauen voraus. Deswegen nennt Klose die deutsche Verweigerung beim AWACS-Einsatz über Afghanistan ein verheerendes Signal. Trotz des begründeten Pessimismus sieht er eine positive Entwicklung: „Wer Europa voranbringen will, muss sich zielführend europäisch positionieren. Entscheidend sind der Führungswille und die Durchhaltefähigkeit der Politik.“

Ziel der VPR ist eine Bundeswehr, die - unter Wahrung der nationalen Interessen - internationale Verantwortung im Rahmen der UN, der NATO und der EU übernehmen kann. Die Sicherheit soll entsprechend der strategischen Vorgaben der NATO und der

nicht in der jetzt auszuplanenden Struktur. Ein anderes Bild zeichnet der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski mit seinem Artikel „Challenges, Risks and Threats to EU Member States - Precautions and Defence by the EU - A time of change, an opportunity to leap forward“. In seiner umfassenden Risiko- und Bedrohungsanalyse der EU bemerkt er, dass zur Abwehr dieser Gefahren zwar zivile Fähigkeiten und Kapazitäten vorhanden sind, militärische jedoch nicht, so dass die Sicherheit der EU weiterhin von der NATO abhängig ist. Dieser Analyse folgen praktikable und pragmatische Empfehlungen, die möglichst schnell erprobt werden sollten: Engere Beziehungen zwischen EU und NATO, die zusammen die europäische Sicherheit garantieren sollten. Stärkere Verknüpfung der zivilen und militärischen Fähigkeiten, die in den Strukturen als Vernetzte Sicherheit abgebildet werden müssten. Stärkung der EU-Battlegroups als zivil-militärische Eingreifverbände, die von einem europäischen Hauptquartier geführt und gemeinsam finanziert werden sollten.

Die aktuelle Libyenkrise verdeutlicht einmal mehr Schwächen und Defizite der EU und der NATO. Insgesamt dokumentiert sie - hoffentlich zur rechten Zeit - die derzeitigen Grenzen der beiden supranationalen Organisationen: Viel Nationalstaat und wenig Ge-



Einsatz der EU bei der Mission im Kongo

Foto: EU

EU gemeinsam gestaltet werden, weil sich die Vorgaben unmittelbar auf „Wehrform, Aufgabe, Umfang, Struktur, Ausrüstung und Organisation der Streitkräfte“ auswirken. Kooperation, Standardisierung und Interoperabilität werden daher im NATO- und EU-Rahmen angestrebt. Einsatz- und durchsetzungsfähige Kräfte in einer Stärke von rd. 10.000 Soldaten für gleichzeitige Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten sollen daher bereitgehalten werden. Dies entspricht - bei einem wahrscheinlichen Streitkräfteumfang von ca. 185.000 Soldaten/innen - ca. 5,4 Prozent. Ein europäischer Imperativ ist in den VPR nicht zu erkennen, folglich auch

meinschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Europa es versäumt, eine eingehende Lageanalyse vorzunehmen, im Kontext mit der NATO daraus Folgerungen zu ziehen und eine bedarfs- und bedrohungsgerechte Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Wenn in der EU und mit der NATO nicht gravierende Änderungen vorgenommen werden, bleibt die EU, trotz ihrer großen Wirtschaftskraft, ein zweitklassiger „global player“ oder anders ausgedrückt, ein zahnloser Papiertiger bzw. militärischer Zwerg mit all den Gefahren und Risiken für diesen Kontinent.

Aber woran lassen sich Stärke und Ausbau gemeinsamer europäischer Sicherheits-





Gemeinsame deutsch-französische Hubschrauberausbildung

Foto: Heeresfliegerwaffenschule

und Verteidigungspolitik am besten ablesen? Nicht an Papieren, sondern an eigenen Streitkräften. In der Europäischen Sicherheits-Strategie, im Jahr 2003 verabschiedet, wird gefordert: Für eine kohärente Außenpolitik und eine wirksame Krisenbewältigung muss die EU in der Verfolgung ihrer strategischen Ziele aktiver sein. Sie muss eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen ermöglicht. Eine EU, die größere Verantwortung übernehmen und sich aktiver einbringen muss, wird größeres politisches Gewicht besitzen. Die Herausforderung besteht darin, die unterschiedlichen Instrumente und Mittel der europäischen Politik zu bündeln, insbesondere die militärischen und zivilen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten.

Europa ist zu eigener Verteidigung und Sicherung bisher nicht fähig. Eigene Truppenteile stehen ihr nicht zur Verfügung. Um das zu ändern, müsste das Bündeln von Fähigkeiten endlich vorangebracht werden. Der Vertrag von Lissabon erlaubt bei der SSZ einzelnen Mitgliedstaaten schnellere Kooperations- und Integrationschritte. Damit ist ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten möglich. Nun sind alle Mitglieder zu stärkerer Zusammenarbeit aufgerufen. Neue Initiativen haben sich seither entwickelt: Gent (Schweden und Deutschland), Weimarer Dreieck (Polen, Deutschland und Frankreich) sowie die französisch-britische Vereinbarung vom November 2010.

Aus einer solchen pragmatischen Zusammenarbeit kann sich im Laufe der Zeit ein koordiniertes europäisches Ganzes ergeben. Heute verfügt die EU, immerhin ein Wirtschaftsraum mit 500 Mio. Einwohnern und einem jährlichen BIP von ca. 16 Billionen Euro, nur über folgende Institutionen und Kräfte: Eine Europäische Verteidigungsagentur (EVA), zwei EU-Battlegroups à 1.500 Soldaten (neuerdings sind weitere geplant), die bisher noch nicht eingesetzt wurden und das im Herbst 2010 gegründete Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven (vier EU-Mitglieder). Alle Kräfte und Organisationen stehen unter dem nationalen Vorbehalt und werden von den jeweils daran beteiligten EU-Ländern finanziert. Dies gilt auch für

die sieben seit 2003 geführten militärischen EU-Operationen, während die 18 seither geführten zivilen EU-Missionen aus dem EU-Haushalt finanziert wurden.

## Lösungsmodelle

Vor dem Hintergrund der Vielzahl fundierter Analysen mit praktikablen Vorschlägen haben die Herausgeber ein Lösungsmodell entwickelt und gleichzeitig Integrationsbemühungen in anderen europäischen Politikbereichen untersucht. So könnte die umfassende Neuordnung der Wirtschafts- und Währungsunion ein Beispiel sein für eine Sicherheitsunion, in der besser kooperiert und die GSVP besser koordiniert und integriert wird. Für die zukünftige europäische Industriepolitik im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft wird angemahnt, dass nationales Denken nicht weiterhelfe. Und bei der neuen Strategie zur Energiepolitik, einem großen Integrationsprojekt, zählt, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam handeln und mit einer Stimme sprechen, um ihre Interessen in der Welt effektiv zu vertreten.

Das multipolare System des 21. Jahrhunderts ist der Rahmen für eine „Armee für Europa“. Zukünftig wird es von der Bereitschaft der EU abhängen, die ökonomische Dynamik beizubehalten und gleichzeitig ausreichende, wirksame zivil-militärische Fähigkeiten verfügbar zu machen. Die USA können ihre Weltpolizisten-Rolle nicht mehr finanzieren. Deswegen sieht H. Münkler auch in der Verknüpfung der atlantischen und einer euro-asiatischen Partnerschaft den Schlüssel für die zukünftige Sicherheit Europas. Darum ist es wichtig, dass der Vertrag von Lissabon durch eine Umsetzungsstrategie realisiert wird, in der die im Vertrag festgelegte SSZ Grundlage für einen Kooperations- und Integrationsprozess sein sollte. Bündelung („Pooling“) und Rollen- und Aufgabenteilung („Sharing“) sind dabei die Schlüsselforderungen. Durch die Initiativen von Gent und des Weimarer Dreiecks im Sinne Lissabon ist festzustellen, dass sich die GSVP zwar bewegt, ein klares Ziel ist allerdings noch nicht zu erkennen.

Ein wesentlicher Knackpunkt mangelnder Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit der EU ist, dass die Nationalstaaten der EU immer noch funktionsnotwendige Kompetenzen vorenthalten. Heute brauchen wir ein europäisches Integrationsmodell dringender denn je. Die zunehmenden Auslandseinsätze setzen eine tiefere Integration aus militärischen Effizienzgründen voraus. Die Nationalstaaten haben jetzt die große Chance, ihre neuen Strukturen bedarfs- und bündnisgerecht zu „europäisieren“. Bei den nationalen Reformen stehen jedoch als erkennbare Gestaltungskriterien nicht Arbeits- und Lastenteilung im Sinne des Lissabon-Vertrags, sondern schlichtweg nationale Kostenreduktionspläne im Vordergrund.

Das Verhältnis EU und NATO ist wenig befriedigend. Die NATO war zwar im Kalten Krieg Garant der europäischen Sicherheit. Spätestens jetzt gilt es, Europa zu stärken, damit es seine eigene Sicherheit zusammen mit der NATO aufrechterhalten kann. 21 europäische Länder gehören gleichzeitig der EU und der NATO an. Die NATO sollte daher in zwei gleichberechtigte Pfeiler „EU“ und „USA/Kanada“ mit transatlantischer Arbeitsteilung weiterentwickelt werden. Europa braucht eine abgestimmte autonome Verteidigungsfähigkeit.

Die Herausgeber bieten daher ein Lösungsmodell „Vier Schritte zu einer einsatzfähigen ‚Armee für Europa‘ durch mehr Koordination, Kooperation und Integration“ an.

Die Umsetzung der GSVP sollte in mehreren Schritten erfolgen: vom Schritt der verstärkten Koordination über die Schaffung innovativer und kreativer Kooperationsformen bis hin zur Entwicklung neuer europäischer Integrationsstrukturen. Die EU sollte den Mut haben, angelehnt an die „Strategie Europa 2020“ eine „Konzeption 2020 für europäische, zivil-militärische Sicherheits- und Verteidigungskräfte“ durch eine hochrangige Experten-Gruppe unter Vorsitz der Kommission erarbeiten zu lassen. Der erste Schritt sollte zügig angegangen werden. Die EU braucht schnelle Erfolge – trotz des weitverbreiteten Denkens in Kategorien nationaler Souveränität.

**1. Schritt: Entwicklung einer „Konzeption 2020 für zivil-militärische europäische Einsatzkräfte“** - Es geht um eine Neudefinition europäischer und nationaler Sicherheitsinteressen. Ziel sollte es sein, ein sich ergänzendes System zivil-militärischer Kräfte der EU und der Mitgliedsländer zu schaffen sowie deren Ziele, Aufgaben, Mittel, Kräfte, Strukturen und Verfahren in Einklang zu bringen. Ein zivil-militärisches Gesamtkonzept der EU ist nicht erkennbar - auch nicht bei den Nationalstaaten.

**2. Schritt: Gemeinsame Ausbildung** - Entwickeln eines Konzepts für einen europäischen Ausbildungsverbund (EU/Nationalstaaten) und Aufbau erster europäischer

Leuchtturmprojekte im Bereich der Ausbildung. Eine Europäisierung der Ausbildung hätte enorme Vorteile: Einspareffekte und Effizienzgewinne. Kein Nationalstaat erleidet durch eine Konzentrierung der Ausbildung im Sinne von „Pooling and Sharing“ einen Souveränitätsverlust. In diesem Zusammenhang entwickelte Brigadegeneral R. Wolski ein Modell „Europäisches Hubschrauberausbildungs- und Kompetenzzentrum“ in Deutschland und Frankreich, weil Hubschrauber in nahezu allen EU-Missionen und -Operationen zum Einsatz kommen und deren Standardisierung weit fortgeschritten ist. Dies wäre ein gutes europäisches Leuchtturmprojekt.

**3. Schritt: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit und der Ausbau der EU-Battlegroups** - Kooperation und Zusammenfassung von nationalen Kommandobehörden, Institutionen und Truppenteilen, Konzentration auf Fähigkeiten im Bereich der SSZ durch „Pooling and Sharing“ sowie Aufstellung erster europäischer, zivil-militärischer Sicherheits- und Verteidigungskräfte. Durch Bündelung von Fähigkeiten mehrerer Nationen eröffnen sich für die EU neue Perspektiven. Ein so optimiertes Leistungsspektrum muss allerdings für alle verfügbar sein. Das Aufgeben eigener Fähigkeiten bedingt Verlässlichkeit und Partnerschaft. Mit der „Gent-Initiative“ ist hier ein Anfang gemacht. Ein unkoordiniertes Planen von Fähigkeiten und der äußerst knappen Finanzressourcen sollte der Vergangenheit angehören.

Das Prinzip der EU-Battlegroups könnte ein Nukleus für europäische Streitkräfte werden, wenn sie zu zivil-militärischen Eingreifverbänden ausgebaut und funktionsgerechte Einsatzverfahren und Unterstellungsverhältnisse gefunden werden. Das Dilemma der derzeitigen Battlegroups ist, dass die EU über sie nicht unmittelbar verfügt. Sie unterstehen vielmehr den Mitgliedstaaten, die die jeweilige Gruppe stellen und die Einsatzkosten tragen.

In die Diskussion wird häufig auch die interessante Idee eines schnellen europäischen Eingreifverbandes gebracht - eine „Europäische Luftbewegliche Battlegroup“, die der EU unmittelbar unterstellt werden sollte. Diese Idee sollte bedarfs- und bedrohungsgerecht für das europäische Aufgabenspektrum optimiert und mit einem eigenen, geschlossenen EU-Teilhaushalt einschließlich eines investiven Anteils ausgestattet werden.

**4. Schritt: Europäische, zivil-militärische Sicherheits- und Verteidigungskräfte und Kräfte der Nationalstaaten** - Aufwuchs einer „Europa-Armee“ in Form integrierter zivil-militärischer Kräfte der EU und die Fortentwicklung nationaler Streitkräftestrukturen der Mitgliedsländer entsprechend der Umsetzungsstrategie der GSVP. Die Aufstellung voll integrierter zivil-militärischer Sicherheits- und Verteidigungskräfte auf europäischer Ebene und von Kräften bei den Nationalstaaten erscheint als bester Weg. Am Ende dieser Entwicklung könnten eine „Europäische Armee“ stehen, die als potentielle Interventionsmacht das komplette Spektrum der zivil-militärischen Krisenbewältigung abdeckt, und nationale Kräfte, die in einem Leistungsverbund optimiert werden müssten.

Die Herausgeber fordern weiterhin ein „Integriertes Konzept für Rüstung und Ausrüstung“. Gemäß der SSZ sind auch wehrtechnische Kooperationsstrukturen zu forcieren. Solche Kooperationsfähigkeit garantiert Europa große Wettbewerbsfähigkeit im globalen Verdrängungswettbewerb. Das bedeutet auch eine stärkere Europäisierung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrien. Ein integrierter Rüstungs- und Ausrüstungsmarkt wäre ein wichtiges Signal nicht nur für Europa, sondern auch für die USA und die NATO, dass die EU ernst macht mit der Verbesserung ihrer rüstungstechnologischen und -industriellen Basis und dem Ausbau militärischer und sicherheitsrelevanter Fähigkeiten und Instrumente.

Der Frage nach Finanzierungen und neuen Finanzierungsmodellen kommt bei einer Armee für Europa entscheidende Bedeutung zu. Gesucht wird eine verlässliche, dauerhafte Finanzierung für die Bereitstellung angemessener Fähigkeiten und Kapazitäten in Europa. Ein Zusammenwachsen europäischer Streitkräfte in eine neue historische Aufgabe und eine zivil-militärische Sicherheitskultur macht einen gemeinsamen Sicherheitshaushalt zwingend erforderlich. Eigene Finanzierungs-

instrumente für die Krisenreaktionsmechanismen würden die EU und das Budgetrecht des Europäischen Parlaments stärken. Bisher hat das Europäische Parlament nur ein Haushaltsrecht für zivile Einsätze der EU; nur sie werden aus dem europäischen Haushalt finanziert. Einsätze von Streitkräften hingegen werden über einen Umlagemechanismus von den Mitgliedsländern finanziert.

Die Bevölkerungen der EU-Mitgliedsländer müssen diese Entwicklungen mittragen. Ein europäischer Geist oder ein Sicherheitsbewusstsein ist allerdings bei den EU-Bürgern noch wenig ausgeprägt. Ein europäisches Wir-Gefühl kann nur wachsen, wenn die europäischen Nationalstaaten eine europäische Integration vorantreiben. Dies erfolgte bisher nur halbherzig. Ein anderer Faktor ist der demographische Wandel mit sukzessiver Überalterung und stagnierenden bis schrumpfenden Bevölkerungszahlen in Europa, was bei einigen Nationalstaaten in naher Zukunft schon zu erheblichen Rekrutierungsproblemen führen dürfte. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung in den angrenzenden Regionen rapide, mit der Folge, dass sich dadurch ein enormer Migrationsdruck aufbaut. Zu Rekrutierungsproblemen dürfte es aber in einer „Europäischen Armee“ nicht kommen, wenn deren Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen eine europäische Aufbruchstimmung in den Bevölkerungen. Der berühmte „Ruck“ muss das europäische Haus erfassen und dessen gesamte Statik an das 21. Jahrhundert anpassen.

So bleibt die sorgenvolle Frage, wenn die Europäer ihre Schuldenprobleme in der Eurozone nicht angemessen lösen können oder wollen, ob sie dann überhaupt in der Lage sein werden, ihr eigenes Territorium zu verteidigen und zu sichern und in der Welt die Rolle eines „global player“ zu spielen. Im Sinne des polnischen Außenministers R. Sikorski kann die Antwort nur lauten: Ja, aber schnelle Stärkung der EU auf der Grundlage der SSZ und Optimierung und Erhalt einer gestrafften NATO. Auch solche Lösungen gehören zu einer Stabilitätsunion.

Politische Vernunft, nachhaltige Durchsetzungsfähigkeit und wirkliches Interesse für ein zukunftsfähiges Gesamt-Europa sind jetzt gefragt. Der alte Kontinent kann nur jung bleiben, wenn mutige Staatsmänner dies in die Hand nehmen. In der Vergangenheit hatten wir genügend Vorbilder. Heute müsste diese Führungsrolle vielleicht eine Persönlichkeit aus dem Kreis des Weimarer Dreiecks übernehmen. Die innere Logik der vielen Analysen und Argumente strebt zwangsläufig dem unmissverständlichen Appell zu, dem Leitmotiv dieses Sammelbandes: Jetzt handeln - niemand wartet auf Europa. ■

*Oberst a.D. **Gerd F. Kaldrack**, Mitherausgeber des Sammelbandes.*